

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsdienst und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: 10 Pfennig monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-III / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher 17254 / Postfachnummer: Dresden III 18691
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neunmal gestrichelte Nonpareilzeile ober deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anstehend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,30 RM. Unregelmäßige Anzeigen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 10. Januar 1930

Nummer 8

Der Colas-Korruptionsstandal bestätigt

Ein oberbaules „Dementi“ des Finanzministeriums / Die städtischen Behörden schweigen sich aus

Wir werden Ihnen die Zunge lösen!

Nur die KPD kämpft gegen die Korruption!

Dresden, 10. Januar 1930

Am 8. Januar dieses Jahres veröffentlichte die „Arbeiterstimme“ unter der Überschrift „Neuer ungeheurer Korruptionsstandal — Geschenke und Autosfahrten für Aufträge“ aufschmerzendste Mitteilungen über das Zusammenwirken zwischen der Colas-Kalisch-Gesellschaft GmbH und maßgebenden Persönlichkeiten der Behörden bei der Vergebung von Aufträgen. Wir gaben uns zugehörige Mitteilungen wieder, nach denen die Colas für die Vermittlung von Aufträgen 5—15 Prozent „Entschädigung“ zahlen soll und eine Anzahl städtischer Regierungsbeamten den Staatsbesitz quittiert hat, um bei der Colas eine feste Pfunde zu übernehmen. Im Zusammenhang mit diesen Mitteilungen stellten wir an die verantwortlichen Stellen folgende Fragen:

Es ist richtig, daß in Berlin ein VWL-Wagen bei der Deutschen Kraftverkehr durch die KPD gekauft, der später für 4000 RM „verkauft“ wurde, daß der „Verkauf“ getätigt wurde, indem der „Käufer“ eine Quittung von 4000 RM unterschrieb, ohne auch nur einen Pfennig gezahlt zu haben? Ist es richtig, daß Beamte der Straßenbau-Abteilung 300 RM für Büroe und Zeichnungen als Arbeitslohn erhalten, die sie der Colas lieferten?

Ist es richtig, daß der Stadtbauamt-Gleiser einen Wagen angeboten erhielt, den dieser aber ablehnte, weil er einen offenen Wagen nicht wünschte und später einen geschlossenen Wagen gestellt erhielt?

Ist es richtig, daß Angehörige von noch im Staatsbesitz befindlichen, die auf Vergebung von Straßenbauaufträgen Einfluss haben, an von der Trambahn veranlaßten Aufträgen eingeladen wurden und an einem im Englischen Garten, Dresden, und in Leipzig teilnahmen?

Ist den amtlichen Stellen schon einmal die Frage aufgeworfen, warum eine Anzahl Großstädte nur bei der Colas Geschäfte abschließt, die einen offiziellen (sehr niedrigen) und einen inoffiziellen (bedeutend höheren) Preis berechnet?

Diese Fragen wurden wie leicht ersichtlich ist, sowohl an die verantwortlichen Stellen der Stadt Dresden wie des Landes Sachsen gerichtet. Während die städtischen Behörden sich bisher in allen Sprachen auschwiegen, führte sich das Finanzministerium am Mittwoch dieser Woche (!) endlich demutlich, durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgendes „Dementi“ zu veröffentlichen:

Im Zusammenhang mit der Vergebung von Straßenbauaufträgen sind von der kommunikativen Presse gegen Staatsbeamte Verdächtigungen ausgesprochen worden, die dem Vorwurf der Korruption in sich schließen. Das Finanzministerium weist diese Verdächtigungen als in keiner Weise begründet entsprechend auf das schärfste zurück. Insbesondere ist nicht wahr, daß Beamte aus hohen Staatsstellen in die Trambahn-WG übergetreten sind. Soweit bei dieser Gesellschaft frühere Staatsbeamte beschäftigt sind, handelt es sich um mittlere Beamte, die nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt wurden und der Dienstgewalt des Staates nicht mehr unterliegen.

Zu den weiteren unklaren Andeutungen über unzulässige Beziehungen zwischen aktiven Staatsbeamten und der Colas-Gesellschaft vermag die Regierung, solange ihr das Material nicht bekannt gegeben wird, nichts weiteres zu erklären.

Ähnliche „Dementis“ haben fast immer die Eigenschaft, die kritischen Fragen zu bestreiten. Man vergleiche die Erklärung des Finanzministeriums mit den von uns gestellten Fragen, und man wird finden, daß

auch nicht eine einzige unserer Feststellungen und Anfragen entkräftet wird.

Das Finanzministerium gibt zu, daß sich Staatsbeamte im Dienst der Colas befinden. Nur sollen es „mittlere“ und bereits in den Ruhestand versetzte sein.

Und den Verbindungen der Colas mit den Behörden ändert dies nicht das geringste.

Das „Dementi“ des Finanzministeriums, das auch unsere entscheidenden Fragen, die von ihm „unklare Andeutungen“ genannt werden obwohl sie an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, unbeantwortet läßt, ist eine einzige, wenn auch ungewollte Bekräftigung unserer Anfragen.

Es ist im übrigen äußerst bezeichnend, daß die städtischen Behörden Dresdens bisher auf unsere Anfragen noch kein Wort geantwortet haben. Wir können dies nur erklären; denn wir wissen, daß unsere Veröffentlichungen nicht nur das größte Aufsehen und die größte Empörung der breiten Öffentlichkeit weckt, sondern auch die größte Empörung der Herren im Reichstag.

Das größte Aufsehen im Reichstag.

Wenn die Herrschaften dort glauben, mit Hilfe einer Vogel-Strauß-Politik die Angelegenheit im Sande verlaufen zu lassen, dann werden sie sich schwer täuschen. Wir werden Ihnen schon die Zunge lösen. Wir werden ihnen ein Täuschspiel aufspielen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

Morgen bereits werden wir mit der Veröffentlichung weiteren Materials beginnen

an Hand dessen die werttätigen Massen die Korruptheit und Heulnis des kapitalistischen Systems und der auf seinem Boden stehenden Parteien erkennen werden. Mit aller Deutlichkeit sagen wir den werttätigen Massen, daß die Korruption ein elementarer Bestandteil des kapitalistischen Systems und keines Staates — gleich welcher Form — ist. Der Kampf gegen die Korruption muß darum gleichzeitig ein Kampf um die Beseitigung dieses Systems und für die Diktatur des Proletariats sein. In diesem Sinne werden wir die Massen mobilisieren, diesem Zwecke dient unsere Enthüllung des Colas-Korruptionsstandals, der neben dem Skizzenstandal ebenfalls bündig bestehen kann.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte! Gegen die Korruption kann nur die Partei kämpfen, die gleichzeitig auch den Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt führt.

Das ist allein die Kommunistische Partei!

Alle anderen Parteien und ihre Zeitungen stehen auf dem Boden des Kapitalismus. Sie sind in sein System eingegliedert und deshalb mitverantwortlich nicht nur für die Ausplünderung und Unterdrückung der breiten Massen, sondern auch für solche „Beiratsunfälle“, wie die Skizzen- und Colas-Verträge, Kollaterale, Colas usw. usw.

Für die werttätigen Massen ergeben sich daraus nur folgende Lehren:

In Massen hinein in die Kommunistische Partei!

Die kommunistische Presse, die „Arbeiterstimme“, gehört in jede Arbeiterwohnung!

Kaufnahme des Kampfes unter Führung der kommunistischen Partei gegen alle Freunde des werttätigen Volkes, für den Sturz des Kapitalismus und seines Staates, für die proletarische Diktatur!

Sozialfaschistisch-deutschnationale Einheitsfront

Sozialfaschist Dölich als Büttel der Reaktion

Dresden, 10. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Dresdener Stadtbezirksratkollegiums wurde der Sozialfaschist Dölich gegen die Stimmen der Kommunisten zum 1. Stadtbezirksratvorsitzenden gewählt. Die bürgerlichen Parteien hatten keinen Vorschlag gemacht, um die Wahl des Sozialfaschisten zu erzwingen. Die Reaktion von den Sozialfaschisten bis zu den Nationalfaschisten wählte ein kommunistisches Präsidium.

Diese Wahl ist ein politischer Vorgang von höchster Bedeutung. Sie beweist, daß die Sozialdemokratie offen in die faschistische Front eingeschwenkt ist, daß sie entsprechend den Ausführungen Dölich in der Chemnitzer Volkskammer, und entsprechend ihrer bisherigen Praxis alles tun wird, um die Herrschaft der Bourgeoisie vor den Stürmen des Klassenkampfes zu bewahren. Das Geschick, das die „Vinken“ in Sachsen anlässlich des Finanzsturmes der Sozialfaschisten aus dem Chemnitzer Präsidium anstammten, wird durch die Wahlen in Dresden und Leipzig als erbärmliche Geschehnisse entlarvt. Laut und deutlich dokumentiert die gestrige Wahl: Die „Vinken“ sind genau wie die Hilferding und Müller ein Glied der heutigen deutschen faschistischen Einheitsfront.

Sie sind getreue Büttel der Bourgeoisie, hetsen zur Erfüllung der Befehle des Trufkapitals bereit. Die Arbeiterklasse sieht daraus erneut die Lehre, daß der Weg zur Befreiung vom Joch des Kapitals nur über die Vernichtung der sozialfaschistischen und nationalfaschistischen Stützen der Kapitalsherrschaft führt. Sie führt nur über den Weg, den die Kommunistische Partei zeigt.

Die Erklärung der kommunistischen Stadtbezirksratfraktion hat folgenden Inhalt:

Eklärung

In einer Zeit der schärfsten Zuspitzung der Klassengegensätze beginnt das neugewählte Stadtbezirksratkollegium seine Tätigkeit. Mit der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus geht die Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse zu den Methoden der faschistischen Diktatur über.

Die Demokratie und der Parlamentarismus ist für sie nur noch das Hehlwort für die Vollstreckung der Verbrechen und die Finanzdiktatur Schachts.

Diese Methoden des Kampfes gegen die werttätigen Massen lassen der Bourgeoisie die Durchführung des Youngplans auf Kosten der Arbeiter und des werttätigen Mittelstandes erleichtern. Das Programm der Industrie im Reich und in Sachsen, der Steuerdruck, die Wucherzölle auf Lebensmittel, Bier, Tabak usw. der sozialdemokratischen Koalitionsregierung sind weitere Schritte auf dem Wege der noch schärferen Ausbeutung des Proletariats. Nicht genug damit, neue Kommunalsteuern, wie Einführung einer Kopfsteuer, Erhöhung der Preise für Gas, Elektrizität und Wasser, Straßenbahn usw. sind geplant.

Zur Erfüllung dieser Raubpläne will die Bourgeoisie ein Kampf- und mehreres Proletariat. Deshalb Niederdrückung der werttätigen Massen, deshalb Spaltungstaktik der sozialdemokratischen Führer in den Gewerkschaften, Sports- und Kulturorganisationen, deshalb Hinanswurf aller oppositionellen Mitglieder aus den proletarischen Massenorganisationen.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Führer in Verbindung mit ihrer verbrecherischen Politik im Reich und in den Ländern, dient nicht nur der weiteren Vorbereitung der faschistischen Diktatur, sondern ist ein heulendes und offenes Bekenntnis der Sozialdemokratie zu dem faschistischen Raubunterfangen.

Diese Taten werden noch erhöht durch das Bluthat-Verbrechen am 1. Mai a. J., die Vorbereitung des Sozialfaschisten Antikommunistengesetzes, durch den Raub der Erwerbslosen